

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1934

40 (16.2.1934)

Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,86 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig. D. N. 3800 I.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 6. Geschäftsstelle: Adolf Hitlerstr. 53, Fernspr. 204. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10101. Verantwortlich für den Gesamthalt: L. Dups, Durlach.



Anzeigeberechnung: Die 6spaltige Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 6 Pfennig, Kellamezeile 18 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezahler keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 40

Freitag, den 16. Februar 1934

105. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Die Kampfhandlungen in Oesterreich sind im Erlöschen, nach amtlicher Darstellung handelt es sich nur noch um Säuberungsaktionen. Dollfuß erwartet die Kapitulation der Schugbündler.

Italien plant einen neuen Anschlag auf das Memelland, es will an Stelle des deutschen Direktoriums einen Staatskommissar einsetzen.

Die tschechische Regierung hat nun den Gesekentwurf eingebracht, der den Goldgehalt der Tschechentrone um ein Schötel herabmindert.

Der deutsche Außenhandel zeigt im Januar zum ersten Mal seit dem Jahre 1930 einen Einjahrsüberschuss von 31 Millionen RM.

In Paris kam es bei der Verlesung der Regierungserklärung durch Ministerpräsident Doumergue zu schweren Störungen durch die Kommunisten. Die Kammer gab dem neuen Kabinett ein starkes Vertrauensvotum.

Reichsinnenminister Dr. Frick sprach am Donnerstag vor dem diplomatischen Korps über die Kassengesehgebung des Dritten Reiches.

Der Adlerschild für Hermann Stehr

DRS. Berlin, 15. Febr. Der Herr Reichspräsident hat dem Dichter Hermann Stehr aus Anlaß seines 70. Geburtstages den Adlerschild verliehen und mit folgendem Glückwunschschreiben zugehen lassen:

„Sehr geehrter Herr Stehr!

Zu Ihrem 70. Geburtstage spreche ich Ihnen meinen herzlichsten Glückwunsch aus.

Sie können an diesem Tage auf ein Leben, reich an Arbeit und künstlerischem Gestalten zurückblicken, mit denen Sie das deutsche Volk und die deutsche Kunst in dichterischen Werken von besonderer Kraft und Tiefe beschenkt haben. Daß der deutsche Mensch in seiner unsicheren und chaotischen Vergangenheit den Glauben an die letzten Werte des Lebens und damit an die Zukunft nicht verloren hat, ist namentlich auch Ihr Verdienst.

Dem Dank, den das deutsche Volk Ihnen schuldet, gebe ich gerne Ausdruck, indem ich Ihnen mit meinen besten Wünschen für Ihr ferneres Schaffen und Ihr persönliches Wohlergehen die höchste Ehrung des Reiches, den Adlerschild, verleihe, der auf der Vorderseite das Symbol des Reiches, auf der Rückseite die Widmung „Dem deutschen Dichter“ trägt.

Mit freundlichen Grüßen bin ich Ihr ergebener
gez. von Hindenburg.

Zugleich hat der Reichsminister des Innern dem Dichter seine aufrichtigen und herzlichsten Glückwünsche zum Ausdruck gebracht.



Hermann Stehr

Der Schwaben-Bischof Dr. Bacha beim Reichstanzler

Berlin, 15. Febr. Der Reichstanzler empfing Donnerstagsmorgens in Gegenwart des Reichsministers Dr. Rudolf Heß den Schwaben-Bischof Dr. Augustin Bacha von Lemesvöl, in dessen Begleitung sich der Vizepräsident der deutschen Fraktion in der rumänischen Kammer, Abgeordneter Dr. Franz Kräuter und der Führer des Reichsverbandes für die katholischen Auslandsdeutschen, Dr. Clemens befanen. Letzterer stellte den Bischof als den Repräsentanten des katholischen Deutschlands in Südosteuropa vor, während der Bischof dem Reichstanzler die Grüße der Banater Schwaben entbot und ihm für die große Wert der Erneuerung und des Wiederaufbaues des deutschen Volkes Gottes reichen Segen wünschte.

Frankreichs Antwort an Deutschland

Paris, 15. Febr. Die französische Antwortnote auf die deutsche Abrüstungsentschließung vom 19. Januar wird nunmehr veröffentlicht. Die französische Regierung nimmt darin einleitend den Geist der Loyalität und Aufrichtigkeit für sich in Anspruch, indem sie ein mit der Genier Konferenz im Einklang liegendes Programm aufgestellt habe. Gleichwohl glaube die deutsche Regierung von neuem behaupten zu können, daß „die hauptsächlich in Betracht kommenden hochgerichteten Mächte (unter den zweifellos Frankreich einbezogen werden müsse) zu einer wirklich einschneidenden Abrüstung nicht bereit seien“. Die französische Note bemängelt dann mit Ausdrücken des Bedauerns und der Verwunderung, daß die deutsche Regierung ihre Vorschläge nicht abmildern zu sollen glaube und deren Tragweite nicht präzisiert habe, daß die französische Regierung in der deutschen Entschluß nicht eine genügende Aufklärung über die deutsche Stellungnahme zu der Kontrollfrage gefunden habe. Die Note fährt fort:

„Es ist der deutschen Regierung sicherlich nicht entgangen, daß die in dem Memoire vom 1. Januar gemachten Vorschläge in 2 Punkten nach Ansicht der französischen Regierung grundsätzlichen Charakter hatten. Der Vorschlag der französischen und deutschen Truppenbestände kann nur auf vergleichbare Personalbestände angewendet werden, d. h. auf diejenigen, die zur Verteidigung des Mutterlandes bestimmt sind, und ist nur denkbar, wenn alle Streitkräfte, die in irgend einem Grade militärischen Charakter besitzen, unter die letztgenannte Beschränkung fallen. Die Gleichstellung auf dem Gebiete des Materials, d. h. die Zumeilung desjenigen Materials an Deutschland, das die anderen Nationen behalten, das aber Deutschland augenblicklich verboten ist, kann erst auf die Umgestaltung des deutschen Heeres und Aufjaugung der außer-militärischen Organisationen erfolgen. Indem die deutsche Regierung in diesen beiden entscheidenden Fragen die Vorschläge beiseite schob, die ihr gemacht worden waren und deren Abstützung und Tragweite sie nicht mißverstehen konnte, hat sie das gesamte in dem Aide Memoire vom 1. Januar ditierte Programm abgelehnt.“

Unter diesen Umständen sehe die französische Regierung nicht, welchen Nutzen der umfangreiche, der letzten deutschen Entschluß beiliegende Fragebogen haben könnte. Die französische Regierung kommt hier wiederum auf ihre alte Forderung, diese Fragen nur unter Beteiligung aller interessierten Staaten zu Ende zu bringen, zurück. Eine vorbereitende deutsch-französische Erörterung hierüber könnte nur dann von Nutzen sein, wenn bereits Einigkeit über bestimmte Grundsätze herrsche. Leider ist dies nicht im entferntesten der Fall, wie dies durch nur zu offensichtliche Tatsachen bewiesen werde. Es ergebe sich z. B. aus veröffentlichten Dokumenten, daß das deutsche Heer bezüglich seiner Organisation, seiner Einrichtungen, sowie bezüglich des Materials bereits jetzt Hilfsquellen besitze, die zu den Vertragsbestimmungen in keinem Verhältnis stünden und für spätere Vergleiche zur Grundlage genommen werden müßten. Ehe die Zukunft in Betracht gezogen werde, müßte, besonders auch zu ihrer Aufklärung, die Gegenwart in Betracht gezogen werden.

Die französische Regierung glaubt, daß „zur. weitestgehenden Klärung der Angelegenheit“ aufklären zu sollen. Bei der Forderung einer sofort wirksamen Kontrolle mit dem Inkrafttreten der Konvention handele es sich um nichts, was die Ehre der deutschen Regierung verletzen könnte. Die deutsche Regierung bezweifle offenbar den Willen der französischen Regierung, eine Begrenzung ihrer überseeischen Personalbestände ins Auge zu fassen. Nichts ist unrichtiger. Ebenjowenig sollen die überseeischen Streitkräfte von der Beschränkung ausgenommen werden, deren mobiler Charakter erfordert, daß sie jederzeit im Mutterlande verfügbar sind (?), um in kürzester Zeit nach denjenigen Punkten des Kolonialreiches gebracht zu werden, wo ihre Anwesenheit für nützlich gehalten wird“. Die französische Regierung denke nicht daran, in einem ihr passenden Augenblick die in der Konvention festgesetzte Herabsetzung beider Streitkräfte durch Ueberertragungen auszugleichen, da die Konvention die Personalbestände genau begrenzen würde, die „in Friedenszeiten“ im Mutterlande stationiert werden könnten. Doch diese besonderen Fragen dürften trotz ihrer Wichtigkeit nicht dazu führen, daß man das wesentliche Problem aus den Augen verliere. Die französische Regierung ist stets der Ansicht gewesen, daß die festzusetzenden Höchstzahlen sich auf die Gesamtheit der Kräfte beziehen müssen, die militärischen Charakter tragen und sie hat es als feststehend betrachtet, daß die Formationen der SA. und SS. diesen Charakter haben.

Die französische Regierung hält ihre früheren Angaben hierüber voll und ganz aufrecht und erklärt, ihre Unterzeichnung unter keine Konvention setzen zu können, die erst der Zukunft die Entscheidung darüber überlasse, ob die Formationen der SA.

und SS. einen militärischen Wert hätten. Eine auf diesem Grundjatz beruhende Konvention wäre auf einer falschen Grundlage aufgebaut.

Zum Schluß versichert die französische Regierung ihre Ansicht, daß eine vollständige und totale Einigung mit Deutschland sowohl die Bedingung als auch die Garantie für die Besserung der Lage wäre. Aber andererseits wäre nichts Gefährlicher als eine Unklarheit. Es liege bei der deutschen Regierung, diese Unklarheit aufzuklären die französische Regierung habe die Pflicht, die von ihr begründete Auffassung aufrechtzuerhalten, die dem in ihrem Aide memoire vom 1. Januar festgelegten Programm zugrunde liege. „Ohne die Gegenseitigkeit und Aufrichtigkeit der gleichen Absichten der deutschen Regierung in Frage zu stellen, ist sie der Ueberzeugung, daß eine Verhandlung nichts dabei verliert, wenn die Meinungsverschiedenheiten, die einer endgültigen Einigung im Wege gestanden haben, erkannt, einander angenähert und sogar einander gegenübergestellt werden.“

Die französische Antwortnote im Spiegel der Berliner Presse

DRS. Berlin, 16. Febr. Die Blätter veröffentlichen den Wortlaut der französischen Antwortnote und versehen ihn fast alle mit einem ausführlichen Kommentar. Der „Völkische Beobachter“ schreibt u. a.: Frankreich macht weiter Schwierigkeiten dort, wo keine vorhanden sind. Das geht aus jedem Abschnitt dieser Note deutlich hervor. So werden in der Frage des von uns ehrlich angebotenen Nichtangriffspactes einfach unverständliche Vorwürfe erhoben. Das deutsch-polnische Abkommen ist der beste und einwandfreie Beweis dafür, wie ernst wir diese Sache ansehen. Man kann nur betonen, daß Frankreich jede Chance, zu einer wirksamen Abrüstung zu kommen, verpaßt hat. Wo wird denn überhaupt von der französischen Abrüstung gesprochen? In der neuen Note steht davon kein Wort. Das, was als Abrüstung von Frankreich bezeichnet worden ist, ist absolut unzulänglich. Dazu kommt noch, daß die damalige französische Entschluß, die in der neuen Note angezogen worden ist, die unzulänglichen Vorschläge noch mit Verkläuerungen und Bedingungen verah, die die bestehende Unklarheit noch vermehrt hat. Auch der Vorwurf, die Reichswehr habe die Bestimmungen des Versailler Vertrages nicht eingehalten, kann niemanden in der Welt mehr überzeugen. Seit 15 Jahren pflegt Frankreich mit derartigen Behauptungen zu kommen, die, wenn man ihnen nachgeht, nicht zu befehlen sind. Das Blatt stellt insbesondere die Tatsache heraus, daß Paris in der Note die englischen und italienischen Abrüstungsvorschläge mit Stillschweigen übergeht. — Die „Kreuzzeitung“ macht die Feststellung, daß das französische Dokument für jeden eine Enttäuschung bedeutet, der gehofft hatte, daß der realistische Geist der italienischen Stellungnahme zum Abrüstungsproblem nunmehr auch auf die französische Haltung Einfluß gewinnen würde. Die neue französische Stellungnahme sei dahin zu kennzeichnen, daß die französische Regierung wieder einmal ihren mangelnden Abrüstungswillen, durch Ausflüchte zu verbeden suche. Die „Deutsche Zeitung“ bezeichnet die Note als ein wertloses Dokument, das offenbar keinen anderen Zweck verfolge als den, der Beantwortung der 13 Fragen der Reichsregierung an die französische Regierung auszuweichen. Der „Völkische Beobachter“ betont, daß die Methode Frankreichs, den schlechten Willen erneut hinter Verwirrung stiftenden taktischen Manövern zu verbeden, überholt sei und auch in den anderen Hauptstädten keinen guten Eindruck machen werde. — Bei aller Geschliffenheit diplomatischer Ausdrucksweise, so erklärt die „DZ“, sei die französische Note in einer Schroffheit abgefaßt, die schulmeisterlich wirte und die deutsche Regierung mit unbedingten Vorwürfen überhäufte. — Nach Ansicht der „Berliner Börsenzeitung“ sei der Gesamteindruck des Schriftstückes stark rückwärtlich. Es bleibe bedauerlich, daß man in Paris wiederum nur die im Laufe vieler Jahre zu Bergen angeschwollenen Abrüstungsakten um ein weiteres unbrauchbares Dokument bereichert habe. Auf die Art und Weise, wie die neue französische Regierung die Kardinalfrage des europäischen Friedens anzufassen versuche, komme weder Europa noch Deutschland noch Frankreich weiter. — Das „Berliner Tageblatt“ sagt, die Note sei stellenweise in einem für ein diplomatisches Schriftstück auffällig gereizten Tone abgefaßt; doch entspreche dieser Schärfe des Tones nicht die Schärfe der Beweisführung. Das Hauptkennzeichen der Note, so schreibt die „Völkische Zeitung“, sei die Aufstellung unwichtiger Streitfragen und Uebergehung konkreter deutscher Vorschläge.

Herabsetzung des Goldgehalts der tschechischen Krone

Prag, 15. Febr. Die Regierung unterbreitete dem Abgeordnetenhaus einen Gesekentwurf, durch den der Goldgehalt der Tschechischen Krone um 1 Schötel von 44,58 auf 37,15 herabgesetzt wird. Die Nationalbank wird verpflichtet, eine Golddeckung von mindestens 25 Prozent des gesamten Banknotenumschlages aufrecht zu erhalten. Die Golddeckung bildet gemünztes oder ungemünztes Gold. Der Zuwachs an Goldwert, der aus der Umrechnung gemäß dem neu festgelegten Goldgehalt der Tschechischen Krone entsteht, wird auf die Staatsnotenschuld umgelegt werden.

Februar
1.551
70
522
43
29
74
84
46
44
82
58
20

Waisen und Sommererbschaften
33. Vorzugs
Kriegens
10.50
32-36. Febr.

ze

verein

Ritglied

le Wtm.

schlafen

die Seele

Freitag

Uhr.

Hand.

Prof.

na vermag, die

Hörke B. den

Preis RM 1,00

Illustrieren Sie

ihnen. Laden Sie

schon heute

Schäfer.

ttag

of.

ttag

ick

att

in bester

rtage zu

unter Nr. 10

auf bel

renten!

utter

encier

18

ach

str. 25

ter

owa:

st?

Du?

neue

ehend!

Der deutsche Außenhandel im Januar 1934

31 Millionen RM. Einfuhrüberschuss

Berlin, 15. Febr. Die Handelsbilanz schließt im Januar 1934 mit einem Einfuhrüberschuss von 31 Millionen RM. gegenüber einem Ausfuhrüberschuss von 49 Millionen RM. im Vormonat ab. Seit Januar 1930 ist damit die Handelsbilanz zum erstenmal wieder passiv geworden. Im Januar vorigen Jahres war eine ähnliche Entwicklung zu verzeichnen. Immerhin blieb die Handelsbilanz noch mit 23 Millionen RM. aktiv. Wenn sich gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres eine Passivierung um rund 54 Millionen RM. ergeben hat, so ist dies einmal auf die mengenmäßige Erhöhung der Einfuhr, überwiegend aber auf den Rückgang der Ausfuhrpreise zurückzuführen. Hinzuwiesen ist darauf, daß der Deviseneingang aus dem Außenhandelsgeschäft nicht mit dem ausgewiesenen Ausfuhrwert übereinstimmt. Die Einfuhr betrug im Januar 381 Millionen RM., sie hat gegenüber dem Vormonat um 7 Millionen RM., d. h. um nicht ganz 2 v. H. zugenommen. Die mengenmäßige Zunahme macht nicht ganz 1 v. H. aus. Die Steigerung der Einfuhr dürfte im Gegensatz zu der saisonüblichen Bewegung stehen. Sie ist ausschließlich bei Rohstoffen eingetreten, während Lebensmittel und Fertigwaren mengen- und wertmäßig vermindert sind. Die Erhöhung der Rohstoffeinfuhr von 208,1 Millionen RM. im Dezember auf 233,5 Millionen RM. im Januar stellt zum Teil wohl noch einen Ausgleich für die verhältnismäßig niedrigen Einbelegungen in den Monaten Oktober und November dar. Die Zunahme der Einfuhr entfällt überwiegend auf die überseeischen Rohstoffländer. Die Ausfuhr betrug 350 Millionen RM., sie ist gegenüber dem Dezember 1933 um 74 Millionen RM., d. h. um 17,5 v. H. gesunken. Mengenmäßig betrug die Verminderung sogar 18,6 v. H. Die rückläufige Bewegung entspricht den vorhergehenden Jahren. Im vergangenen Jahr war der Rückgang der Ausfuhr wert- und mengenmäßig im Januar sogar etwas größer als diesmal. Der Ausfuhrückgang dürfte ebenso wie im Vorjahre im wesentlichen als Saisonerscheinung zu betrachten sein. Der Durchschnittswert der Gesamtanfuhr bleibt hinter dem Januar-Ergebnis 1933 um 10 v. H., bei Fertigwaren sogar um 12 v. H. zurück. An dem starken Rückgang der Ausfuhr sind Fertigwaren und mit einem geringen Betrag Lebensmittel beteiligt. Die Ausfuhr der Fertigwaren ging von 331,4 Millionen RM. im Dezember auf 258,6 Millionen RM. zurück.

Der Führer des Deutschen Handwerks beim Reichspräsidenten

Berlin, 15. Febr. Reichspräsident von Hindenburg empfing heute den Reichshandwerksführer Schmidt-Wiesbaden, dessen Stellvertreter Seleny-Berlin und den Generalsekretär des Deutschen Handwerks Dr. Schmidt, welche über die Neuorganisation des deutschen Handwerks, die Durchführung des Führerprinzips im Handwerk und die geübtere wirtschaftliche Lage berichteten. Der Reichspräsident wies in seiner Erwiderung auf die wichtigen Aufgaben und die Bedeutung des deutschen Handwerks für das gesamte Volk hin und gab der Hoffnung Ausdruck, daß nunmehr auch für das Handwerk wieder bessere Zeiten gekommen sind.

In Zukunft nur noch Pflichten

Berlin, 15. Febr. Der Reichswirtschaftsminister hat im Einvernehmen mit dem Reichsarbeitsminister den Landesregierungen ein Rundschreiben über die Durchführung des Gesetzes über den vorläufigen Aufbau des deutschen Handwerks zugehen lassen. Er kündigt darin, wie das W.D.Z.-Büro meldet, an, daß die zur Durchführung des Gesetzes notwendigen Vorschriften in Kürze erlassen werden. Auf dem Gebiete des Innungsverkehrs werden die grundlegenden Änderungen bringen da an die Stelle der freien und Zwangsinnungen künftig Pflichteninnungen treten. Deshalb ist es völlig unerwünscht, daß etwa jetzt noch freie Innungen für das Handwerk errichtet werden. Dagegehende Anträge seien abzulehnen. Auch die Errichtung von Zwangsinnungen sei nicht mehr zweckmäßig. Wohl aber sei es zu empfehlen, jetzt schon durch die Handwerkskammern und Verbände Pläne für die künftige Pflichtorganisation zu entwerfen, so daß diese nach Erlass der entsprechenden Verordnungen im allgemeinen sofort in Kraft gesetzt werden kann.

Heftiges Erdbeben auf Formosa

Tokio, 15. Febr. Am Mittwoch ereignete sich in verschiedenen Teilen der Insel Formosa ein heftiges Erdbeben. Mehrere Häuser wurden zerstört. Auch im südlichen Teil von Sachalin sollen Erdbeben verspürt worden sein. Ob auch Menschen ums Leben gekommen sind, läßt sich zur Zeit noch nicht feststellen.

Du bist noch ein Mann.

Roman von Klara Haidhausen.

Arbeitsrechtsschutz durch Verlagsgesellschaft Lang, Regensburg. 6. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Als Ise an diesem Abend Klein Erta zu Bett gebracht hatte, trat sie wie gewöhnlich leise in das Arbeitszimmer ihres Gatten. Direktor Lindner war ein unermüdlich tätiger Arbeiter, der meist bis spät in die Nacht hinein am Schreibtisch über seinen Büchern und allen möglichen Schriftstücken saß. Er liebte es, wenn Ise sich dann noch einige Zeit mit einem Buch oder einer Handarbeit zu ihm setzte, wenn er sie sich nahe wußte und von der Arbeit aufblickend ihr liebes, feines Gesicht vor sich sah. Dann griff er wohl manchmal scherzend nach einer der fraulichen dunklen Locken, die sich kurz geschnitten um das kleine Ohr ringelten — zwei Augenpaare trafen sich mit zärtlichem Grinsen und zwei Werten, die sich gut verstanden, hatten sich ohne viel Worte unendlich viel gesagt.“

Ise wußte, wie wertvoll ihrem Manne diese köstlich stillen Nachstunden für sein Schaffen waren und gern zwang sie ihm zuliebe ihr lebhaftes, sprudelndes Naturell zur Ruhe. Aber heute ging es wirklich nicht, heute hatte sie zuviel auf dem Herzen. Leise trat sie hinter den Stuhl des emsig Schreibenden und legte von rückwärts die Hände um sein Gesicht. „Hast Du einen Augenblick Zeit für mich, Heinz?“ fragte sie bittend.

„Für Dich doch immer, Liebling!“ Er legte die Feder beiseite und zog die kleine Frau zärtlich auf seine Knie.

„Was gibt es denn Wichtiges?“

„Ist nicht ernsthaft mit den Fingern die Falten glatt, die über der Nasenwurzel in die hohe, kluge Stirn eingegraben waren: „Sag mal, Heinz — glaubst Du an Zufall?“

„Wißt Du heute noch eine philosophische Abhandlung von mir, kleines Fräulein?“ lachte er belustigt auf; sie aber wehrte ab. „Nein, Heinz, Du darfst Dich nicht über

Die Preissträger im Journalistenwettbewerb

DRS. Berlin, 15. Febr. Nachdem der Preiswettbewerb seinen Abschluß gefunden hat, gibt, wie die Morgenblätter mitteilen, das Preisgericht die Reihenfolge der Prämierung der Preisarbeiten des deutschen Journalistenwettbewerbes „Mit Hitler an die Macht“ bekannt. Es erhielten: den 1. Preis im Betrage von 1000 RM. Dr. Emil Strodtmann, Bochum-Westfalen, für die Arbeit „Hände und Herzen“; den zweiten Preis im Betrage von 500 RM. Theo Benkert, Hagen-Westfalen, für die Arbeit „Die schluchzende Schwester“; den dritten Preis im Betrage von 250 RM. Werner Hecht, Frankfurt a. M., für die Arbeit „Fanget an“; den vierten Preis im Betrage von 150 RM. Franz Lehnhoff, Berlin-Wilmersdorf, für die Arbeit „Im Kleinkampf der Winterhilfe“; den fünften Preis im Betrage von 100 RM. Dr. A. Pfaff, Wuppertal, für die Arbeit „Reichsautobahnen als Wirtschaftsweg und Friedensweg“.

Außerdem hat Dr. Dietrich eine Reihe von weiteren Einsendungen mit Trostpreisen ausgezeichnet.

Die französische Regierungserklärung

Paris, 15. Febr. Die Regierungserklärung, die am Donnerstag in der Kammer vom Ministerpräsidenten Doumergue und im Senat von Justizminister Chéron verlesen wird, umfaßt zwei knappe Schreibmaschinenseiten und hat folgenden Wortlaut:

„Die Regierung, die sich dem Parlament vorstellt, ist gebildet worden zur Herstellung des Burgfriedens der Parteien. Nach den tragischen, schmerzlichen Ereignissen der letzten Tage hat sie allen Grund zu der Annahme, daß dieser Burgfriede den Wünschen des Landes und des Parlamentes entspricht. Ein dringliches Verlangen der Gerechtigkeit ist durchzuführen. Der Burgfriede und die Verhütung der Geister werde es ermöglichen, diese Aufgabe zu verwirklichen, ohne jede Leidenschaft, aber auch mit dem Willen, die Schuldigen, wo sie auch stecken mögen, aufzuspüren zu machen, zu verfolgen und zu treffen. Neben diesem Verlangen der Gerechtigkeit gibt es ein anderes, nicht weniger dringliches, das der moralischen Gesundheit, die die freiwillige Übernahme einer gewissen Disziplin erfordert. Sie verlangt bei den führenden Kreisen Konsequenz und Autorität und bei denen, die geführt werden, den Respekt vor der Führung. Der Burgfriede ist auch notwendig, damit das Land schnellst einen Staatshaushaltsplan erhält, den es erwartet und dessen schnelle Verabschiedung die Festigkeit der französischen Währung sichern soll. Ein ausgeglichener Staatshaushalt und eine feste Währung werden den Erzeugern und Verbrauchern Vertrauen einflößen. Die Rückkehr des Vertrauens wird stark zur Anturderung der nationalen Wirtschaft und zur Beilegung der Arbeitslosigkeit beitragen.“

Auch die außenpolitischen Fragen erbeizeln gebieterisch den Burgfrieden der Parteien und die Verhütung der Geister. Der Friede unter den Franzosen ist ein starkes Element der Garantie des Weltfriedens, sowie der Sicherheit Frankreichs. Nur dieser innere Friede wird uns die notwendige Autorität geben, eine nützliche Rolle im Völkerbund und auf internationalem Boden zu spielen. Nur er wird uns erlauben, im Einvernehmen mit Völkern unseres Landes die wirksamen Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen, die Frankreich gegen gefährliche Uebergriffe schützen. Wir verlangen von Ihnen, um Ihre volle Unterstützung zum Wohle Frankreichs, zum Schutz der parlamentarischen Einrichtungen und der republikanischen Freiheiten zu erwählen. Unser Land hat es in kritischen Stunden stets verstanden sich aufzuraffen. Eine solche Aufrüstung ist heute eheuten. Wir vertrauen darauf, daß Sie dies beabsichtigen und uns helfen. Wir bitten Sie, uns das gleiche Vertrauen entgegenzubringen.“

Stürmische Kammereröffnung in Paris

Paris, 15. Febr. Die Kammereröffnung begann mit wiederholten kommunistischen Störversuchen. Als Ministerpräsident Doumergue im Saal erschien, wurde er von der Rechten und der Mitte, jedoch mit lebhaftem Beifall begrüßt, dem sich auch die meisten Radikalsocialisten anschlossen. Auf den Bänken der Kommunisten erhob sich dagegen ein wildes Getöse, das schließlich in einen Sprechchor ausartete: „Mörder! Mörder! Mörder! Nieder mit Tardieu! Nieder mit dem Faschismus! Nieder mit

der nationalen Union!“ Diese Rufe wiederholten sich, als Doumergue die Rednertribüne betrat, um die Regierungserklärung zu verlesen. Immer wieder wurde er von den Kommunisten unterbrochen, die ihm vorwarfen, er habe Arbeiter getötet und sei ein Vertreter der Klassenjustiz. Die Kommunisten verlangten ferner die Verhaftung Chiappes. Der Kammer demüthigte sich eine sichtbare Erregung, doch gelang es, die Ruhe wieder herzustellen.

Die Regierungserklärung wurde von der Mehrheit mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Die Sozialisten enthielten sich jeder Kundgebung, während die Kommunisten den Lärm fortsetzten.

Nach der Regierungserklärung verlas der Kammerpräsident die Liste der Interpellationen und richtete an die Regierung die Frage, wann sie die Behandlung der Interpellationen vornehmen lassen wolle. Ministerpräsident Doumergue beauftragte die Vertagung sämtlicher Interpellationen bis nach Verabschiedung des Haushaltsplans. Er sprach in diesem Zusammenhang auch einige Worte der Begründung für seine Haltung, wobei er insbesondere auch auf die Bewährungsfrage eingieng, die ihn zur Übernahme des verantwortungsvollen Postens in dieser schweren Zeit veranlaßt hätten. Er habe sich zur Aufgabe gemacht, die Justiz walten zu lassen, den Haushalt zu verabschieden und wachsam zu verwalten, was im Ausland vor sich geht. „Wenn Sie nicht blind und taub sind, rief Doumergue in diesem Zusammenhang aus, müssen Sie sehen, daß das, was im Ausland Stellenweise vor sich geht, äußerst gefährlich ist“. Er knüpfte daran die Mahnung zur Ruhe und Einigkeit, die wiederum von den Kommunisten mit wildem Lärm beantwortet wurde.

Nachdem ein Abgeordneter der äußersten Rechten, der als Interpellant vorgemerkt war, sich mit dem Vertagungsbeschluss des Ministerpräsidenten einverstanden erklärt hatte, erhielt Leon Blum das Wort zur Darlegung des Standpunktes seiner Fraktion. Er legte förmliche Verwahrung gegen die Vertagung der Interpellationen ein. Die Ausführungen Leon Blums waren infolge der häufigen Zwischenrufe teilweise nicht zu verstehen. Um so deutlicher klang sein Mahnruf durch den Saal: „Aufhören! Aufhören!“, womit er den von den Sozialisten neuerdings vertretenen Standpunkt bekräftigte, daß dem Lande baldmöglichst Gelegenheit gegeben werden müsse, sich zur neuen Kammer durch Neuwahlen zu äußern.

Vertrauensvotum für Doumergue.

DRS. Paris, 15. Febr. Die Kammer hat mit 402 gegen 125 Stimmen bei 68 Stimmenthaltungen dem Antrag der Regierung auf Vertagung der Interpellationen zugestimmt und ihr damit das Vertrauen ausgesprochen.

Truppen für das Saargebiet

Die Saarregierung wünscht es!

Genf, 15. Febr. Wie wir erfahren, ist beim Völkerbundsekretariat ein Antrag des Vorsitzenden Knog der Regierungskommission des Saargebietes noch eingelaufen, der für den Dreierauschuss des Völkerbundesrates bestimmt ist. Dieser Dreierauschuss, der aus Baron Aloisi (Italien), Cantillo (Argentinien) und Madariaga (Spanien) besteht, tritt bekanntlich am Donnerstag, den 15. Februar, zu seiner zweiten Sitzung zusammen. In dem Antrag soll seitens der Regierungskommission das Verlangen gestellt worden sein, zur Verstärkung der saarländischen Polizei internationale Truppen herbeizuschaffen.

Der Antrag wird nicht nur im Saargebiet, sondern auch beim Dreierauschuss nicht geringe Bewunderung hervorgerufen, denn bisher ist auch nicht das mindeste bekannt geworden, was die Regierungskommission zu einer solchen Maßnahme rechtfertigen könnte. Im Gegenteil hat die saarländische Bevölkerung trotz vieler Maßnahmen, die ihre Erbitterung mit Recht hervorriefen, bisher eine geradezu bewundernswürdige Haltung bewahrt. Von Unruhen oder irgend welchen Maßnahmen seitens der Saarbevölkerung ist nirgendwo etwas laut geworden. Allerdings hat die Saarbevölkerung keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie nichts sehnlicher wünscht, als zum Reich zurückzukehren, aber das ist kein Anlaß einen Antrag wie denjenigen einzureichen, nachdem das Saargebiet nicht etwa als ein autonomes Gebiet, sondern als ein Kolonialgebiet behandelt wird.

„Du mußt mich nicht ernst nehmen!“ sagte die kleine Frau, „und ich mein's doch so gut!“

„Das weiß ich wohl!“ spottete er, „Du bist eben selbst so glücklich verheiratet, daß Du Deine Freundin...“

„Nein, Heinz, ich begütigte er, als Frau Ise hastig aufsprang und sich von ihm frei machen wollte. Ihre dunklen Augen standen voll Tränen. „Sei gut! Ich bin ja schon ganz ernsthaft!“

„Zärtlich zog er sie wieder auf seinen Schoß. „Aber nun sag einmal, ginge es denn nicht auch so, daß Du Ditha auf einige Zeit zu uns hierher einlädst? In unserem Hause könnten die beiden sich zwanglos sehen, und — wenn Du recht behältst — finden.“

„Könnten, könnten!“ energisch schüttelte Ise den Kopf. „Sie werden aber nicht! Sie werden die gleiche Seite die jetzt zwischen ihnen steht, auch hier aufrichten und an einander vorübergehen. Nein, Ditha muß in Doktor Hormanns Haus, sie muß sich ihm unentbehrlich machen und ihm den Beweis liefern, daß sie um seinetwillen zu jedem Opfer bereit ist, nur dann wird er den Mut finden, die Arme nach ihr auszufahren.“

„Ein durchaus ehrenwerter Standpunkt auf beiden Seiten!“ warf Direktor Lindner ein.

„Ja, natürlich,“ rief Ise ungeduldig. „Aber bei all dieser Ehrenhaftigkeit kommen sie sich eben nie einen Schritt näher und gehen lebenslang an ihrem Glück vorbei!“

„Darum muß man ihnen helfen, sie zusammenführen, dann findet sich alles von selbst.“

„Ja,“ sagte der Direktor nachdenklich, „das wäre wohl möglich. Aber sag einmal, Irwisch, geht das denn nicht auch auf eine weniger abenteuerliche Art?“

„Ich kann mir nicht helfen, dieses Motiv der Hausdame oder dergleichen, hinter welcher sich in Wirklichkeit etwas ganz anderes verbirgt, das klingt mir zu sehr nach Zeitungromanen, nach...“

„Ach, laß klingen! — Schließlich schreibt das Leben doch immer die abenteuerlichsten Romane!“

„Das Leben, das bist Du, nicht wahr?“ neckte der Gatte. „Frau Ise Lindner als Autorin eines nicht nur geschriebenen, sondern sogar gelebten spannenden Romans, sein, geht?“

„Heinz, Du nimmst mich nicht ernst!“ klagte die kleine Frau, „und ich mein's doch so gut!“

„Das weiß ich wohl!“ spottete er, „Du bist eben selbst so glücklich verheiratet, daß Du Deine Freundin...“

„Nein, Heinz, ich begütigte er, als Frau Ise hastig aufsprang und sich von ihm frei machen wollte. Ihre dunklen Augen standen voll Tränen. „Sei gut! Ich bin ja schon ganz ernsthaft!“

„Zärtlich zog er sie wieder auf seinen Schoß. „Aber nun sag einmal, ginge es denn nicht auch so, daß Du Ditha auf einige Zeit zu uns hierher einlädst? In unserem Hause könnten die beiden sich zwanglos sehen, und — wenn Du recht behältst — finden.“

„Könnten, könnten!“ energisch schüttelte Ise den Kopf. „Sie werden aber nicht! Sie werden die gleiche Seite die jetzt zwischen ihnen steht, auch hier aufrichten und an einander vorübergehen. Nein, Ditha muß in Doktor Hormanns Haus, sie muß sich ihm unentbehrlich machen und ihm den Beweis liefern, daß sie um seinetwillen zu jedem Opfer bereit ist, nur dann wird er den Mut finden, die Arme nach ihr auszufahren.“

„Ein durchaus ehrenwerter Standpunkt auf beiden Seiten!“ warf Direktor Lindner ein.

(Fortsetzung folgt.)